

Rundfunk in Italien : Dreifrontenkrieg

Autor(en): **Rauen, Birgid**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zoom-Filmberater**

Band (Jahr): **29 (1977)**

Heft 11

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-933016>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KOMMUNIKATION + GESELLSCHAFT

Rundfunk in Italien: Dreifrontenkrieg

Das rundfunkpolitische Geschehen wird in Italien gegenwärtig von einem Dreifrontenkrieg beherrscht. Auf der einen Seite verteidigen die ehemaligen «Herren» des italienischen Äthers, die Christdemokraten, genauer, der um Amintore Fanfani gescharte Parteiflügel – der von 1952 bis 1975 in der staatlichen RAI-TV das Sagen hatte – jeden Zoll ihrer einstigen absoluten Machtposition. Auf der entgegengesetzten Seite versuchen die neuen «Herren», die sozialistische und mit Abstand die kommunistische Partei, die mit der RAI-Reform vom 14. April 1975 einige Brückenköpfe eroberten, ihre vorgeschobenen Positionen zu halten. «Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte», sagt auch ein italienisches Sprichwort, und so bildete sich während des hitzigen, drei Jahre währenden Gefechts eine dritte Front, die «Piratensender», die – wenn auch von unterschiedlichen Positionen aus – den beiden in den Rücken fielen und sie in ihrem wunden Punkt trafen: der Verteidigung des staatlichen Rundfunkmonopols.

Die RAI-TV

Aber das staatliche Rundfunkmonopol war nicht mehr zu retten. Es war auf allen Seiten leck geworden; nicht zuletzt deshalb, weil die RAI den Prinzipien, die allein den Monopolanspruch rechtfertigen, nicht genügt hatte. Ihre Sendungen waren nicht von «Objektivität und Vollständigkeit der Information, von Offenheit allen kulturellen Strömungen gegenüber, von unparteilicher Darstellung aller Ideen, die in der Gesellschaft zirkulieren, gekennzeichnet». Ausserdem hatte sie nicht «den öffentlichen Zugang zum Medium gewährleistet». So war ihr vom Verfassungsgerichtshof im Juli 1974 bescheinigt worden. Mit diesem schlechten Zeugnis, das er der RAI ausstellte, beabsichtigte er, den Reformprozess ein wenig anzuhetzen, der im Morast des machtpolitischen Parteiengerangels stecken zu bleiben drohte. Das Reformgesetz, das nach mehreren Eklats endlich am 14. April 1975 aus der Taufe gehoben wurde, war zwar ein Kompromiss, konnte aber die Vaterschaft der progressiv denkenden Kräfte, die an ihm mitgewirkt hatten, nicht ganz verleugnen.

Mit den grossen Studentenunruhen, die 1968, und mit den Arbeiterkämpfen, die 1969 einsetzten, war auch ein Bewusstwerdungsprozess in Gang gekommen, der auf die zentrale Stellung der Information und der Massenmedien abhob. Von 1970 bis 1973 bildete sich eine breite Front aus Metallarbeitern, Druckern, Journalisten und Studenten, die für eine demokratischere Handhabung des Informationsmandats demonstrierten oder streikten. 1971 besetzten die Arbeiter der FIAT das RAI-Gebäude in Turin und gaben damit den Auftakt zu einer Form des Kampfes, der sich nicht mehr nur auf spezielle Sendezeiten für Gewerkschaftsfragen erstreckte, sondern die gesamte Programmgestaltung der RAI-TV aufs Korn nahm. In den darauffolgenden Jahren wurden auch die Produktionszentren Mailand, Rom und Neapel wiederholt von Arbeitern und Druckern besetzt.

Die Regionen, allen voran die «rote» Emilia-Romagna, die Linksparteien, die Kultur- und Freizeitorganisation ARCI-UISP veranstalteten Seminare, Diskussionen, Kongresse über Information überhaupt und Rundfunk im besonderen. Das Resultat waren verschiedene Gesetzesvorlagen, die in diesem Lager entstanden und deren Angelpunkte Dezentralisierung, also Übergabe von Verantwortung an die Regionen, «public access», öffentlicher Zugang zum Medium und alternative Arbeitsteilung im Produktionsprozess von Information waren.

Das Reformgesetz

Kraft des Reformgesetzes erhält die RAI-TV, eine Aktiengesellschaft, deren Hauptaktionär der Staat ist, das Rundfunkmonopol über den italienischen Äther erneut zugesprochen. Lediglich der Lokalrundfunk über Kabel wurde davon ausgenommen (wie sich später herausstellte, liess sich aus dem Monopol dank unklarer Formulierung auch der Lokalfunk über Äther herausdistillieren). Information wurde als «wesentliche öffentliche Dienstleistung von vorwiegend allgemeinem Interesse» bezeichnet und damit das Monopol begründet. Die Grundsätze der Unparteilichkeit und Objektivität verpflichten die Rundfunkmacher dazu, nicht nur über alle politischen, sozialen und kulturellen Gruppen, Kräfte, Ideologien des Landes zu berichten, sondern auch ihnen innerhalb bestimmter Grenzen Zugang zum Medium zu sichern. Die Grenzen liegen bei drei Prozent der Hörfunk- und fünf Prozent der Fernsehzeit.

Die Regionen erhalten ein (beschränktes) Mitspracherecht, das zwar nicht dem entspricht, was sie sich erhofft hatten, aber immerhin ein Sprungbrett darstellt, von dem aus sich weiter operieren lässt. Vier der 16 Mitglieder des Verwaltungsrats werden aus einer von den Regionen erstellten Namensliste gewählt. Die einzelnen Regionalräte bilden Rundfunkkommissionen, die für den Regional- und Lokalfunk und den «public access» auf Regionalebene verantwortlich sind. Vielleicht der wichtigste Aspekt des neuen Gesetzes ist, dass die Nabelschnur zwischen der Rundfunkanstalt und der Regierung durchtrennt wurde, die mehr als 20 Jahre lang die RAI-TV zu einem Privatlehen der Christdemokraten gemacht hatte. Oberstes Gremium und oberster Kontrollrat ist nicht mehr die Exekutive, sondern die sogenannte «parlamentarische Überwachungs- und Richtlinienkommission», in der alle, nicht nur die regierungsbildenden Parteien vertreten sind.

Die Wirklichkeit

Vergleicht man den Wortlaut des Gesetzes zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten mit der Wirklichkeit, zeigt sich, dass nicht auf drei Fronten, sondern auch auf zwei Ebenen gekämpft wird. Seitdem die Diskussion über die Rundfunkreform angelaufen ist, überbieten sich alle zuständigen Politiker und Experten mit schönen Worten. Pluralismus, demokratische Informationshandhabung, Unparteilichkeit, Beteiligung der Bevölkerung: Es ist alles da, was das Herz eines Rundfunkliebenden begehrt. Auch die Christdemokraten schlossen sich auf der verbalen Ebene diesen Grundsätzen an, obwohl sie 20 Jahre lang die RAI nach anderen regiert hatten. In das Gesetz wurden so vortreffliche Sätze gepackt wie: «Die RAI muss die Vielfalt der Ideen respektieren... eine Beziehung zu der Realität des Landes herstellen...» und dergleichen.

Wenn es aber darum ging, die engsten Vertrauensleute des früheren absoluten RAI-Herrschers Ettore Bernabei (von dem gut und gern der Satz stammen könnte: Die RAI bin ich) durch weniger kompromittierte Personen zu ersetzen, ging den Christdemokraten doch Macht vor schönen Prinzipien. Die Sozialisten wiederum verschanzten sich hinter *ihre* Kandidaten für die Direktorensessel, und so lief der erste Akt der italienischen Rundfunkkomödie über die Bühne, der den Titel «lottizzazione selvaggia», wildes Pöstchengerangel, trägt. Die geheimen Absprachen beim Stapellauf der Reform zwischen den Parteien bezogen sich nämlich auf eine ideologisch genau abgestimmte Machtverteilung, die weniger nach den schönen Prinzipien als nach dem Parteienproporz ausgerichtet wurde.

Der Präsidentenposten ging an die Sozialisten, den Generaldirektor stellen weiterhin die Christdemokraten. Das Fernsehen wurde zwei-, der Hörfunk dreigeteilt. Das erste Fernsehprogramm blieb den Christdemokraten (fortan das «katholische» genannt), das zweite bekamen die Sozialisten (fortan das «laizistische» genannt). Die drei Hörfunkprogramme wurden unter den Christdemokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten aufgeteilt. Und so ging es weiter, bis hinunter zu den untersten leitenden Angestellten (deren hat die RAI, bei einer Gesamtbelegschaft von 13000, inzwischen beinahe 1000). Die gesamte Verwaltung der Technik blieb in christdemokratischen

Händen, und es ist gar nicht so wenig, was sich damit operieren lässt: heute dem Gegenlager ein Nagra-Tonbandgerät, morgen ein Studio verweigern, dadurch kann man zwischen den Programmen ganz schön Akzente setzen. Auch in den Redaktionen wurde klar Schiff gemacht: Den Journalisten und Redaktoren wurde freigestellt, zu welchem ideologischen Lager sie sich gesellen wollten. Das Resultat sind zwei ideologisch gefärbte Fernseh- und drei ideologisch gefärbte Hörfunkprogramme. Während dieser «Tortenverteilung», die elf Monate in Anspruch nahm, blieben die anderen wichtigen Punkte der Reform natürlich auf der Strecke. Dezentralisierung und «public access» sind kaum ein paar Schritte vorangekommen.

Rom hält weiterhin die Fäden in der Hand. 550 von den ungefähr 900 Journalisten bevölkern weiterhin die Nachrichtenredaktionen Roms. Programmgestaltung und Realisierung haben sich weiterhin die Generaldirektion Rom und das Produktionszentrum Rom vorbehalten. Die Regionen dürfen allenfalls mal mit ein paar Nachrichten und etwas Lokalfolklore (als Alibi) einsteigen. Aber die Dezentralisierung, die vom Gesetz anvisiert worden war, sieht nicht nur die Abgabe eines etwas grösseren Mandathappens an die Produktionszentren in Turin, Mailand und Neapel und die 18 Regionalfilialen vor, sondern eine ganz neue Arbeitsteilung, eine ganz neue Produktionsweise von Information. Das Modell klingt schön; einziger Schönheitsfehler: Es konnte bisher nicht ausprobiert werden. Es sieht vor, dass beispielsweise jeder RAI-Angestellte, aber auch jeder Staatsbürger den Programmleitern und Programm-Koordinationszentren Vorschläge unterbreiten kann, und zwar über die NIP. Was sind diese NIP, von denen in den letzten Jahren so viel die Rede ist? Die NIP sind das Prunkstück des neuen Modells: Die Abkürzung steht für «nuclei ideativo-produttivi» und bedeutet soviel wie «gestalterisches Produktionsteam». Es wird für jedes neue Programm neu zusammengestellt, aus RAI-Leuten und externen Personen, allen jenen, die den Vorschlag unterbreitet hatten und die sich zu seiner Realisierung bereit erklären. Kurzum: die NIP denken sich was aus, koordinieren das ganze mit den Programmierungszentren und realisieren das dann auch. Ganz anders als jetzt, da die Generaldirektion der Kopf ist, der die Direktiven erteilt, sich die Programme ausdenkt, während die einzelnen Programmleiter und die Produktionszentren lediglich ausführende Organe sind.

Die NIP könnten in einem dezentralisierten Kontext das Verbindungsstück zur sozialen Realität sein, das der RAI bislang gefehlt hat. Alle sozialen, politischen und kulturellen Gruppierungen und Personen, die auf regionaler Ebene tätig sind, würden, in den NIP vertreten, das, was tatsächlich geschieht, die sogenannte «soziale Zeit» unmittelbar in Rundfunkzeit übersetzen und einer regionalen oder überregionalen (je nachdem) Diskussion unterbreiten. Aber damit die NIP sich bilden können, ist es unerlässlich, dass die regionalen Zentren ihr Mitspracherecht in der gesamten Programmgestaltung durchsetzen. Bisher war davon noch kaum etwas zu spüren: Die regionalen Rundfunkkommissionen kochen vorerst einmal ihr eigenes Süppchen, sofern sie überhaupt ihr Mandat nicht nur als dekoratives Ehrenamt auffassen. Sie haben erst mal den Zuschlag von einer Hörfunkstunde täglich zu verkraften, den sie ab Dezember 1976 bekommen haben. Von 12.30 bis 14.30 Uhr gibt's jetzt täglich Regionalprogramm im Radio: Lokalnachrichten, Lokalfolklore, Dialektsendungen. Und im Fernsehen? Da sind Regional(folklore)programme noch in weiter Ferne, geschweige denn das NIP-Modell! Das dritte Programm, das mit den Regionalsendungen gespickt werden soll, wird erst ab 1978 in Angriff genommen werden. Die Region Lombardei hat nach einem Monat Experimenten («sperimentali Lombardia»: 24 Einstunden-Sendungen von Mitte Dezember 76–Mitte Januar 77), die Region Campania sogar nach einer Woche die Waffen gestreckt. Grund? «Wir hatten keine eigene Redaktion, keine technischen Mittel, ein lächerliches Budget. Die Leute haben kaum gemerkt, dass wir gesendet haben.»

Und der öffentliche Zugang, der Trumpf der ganzen Reform? Der ist im Februar 77 endlich angelaufen. Zweimal die Woche, von 18.30 bis 19 Uhr, stellen alle möglichen Gruppen in jeweils 15 Minuten sich selber dar. Zweierlei fällt auf: Erstens liegt

das Schwergewicht bisher bei den konfessionellen Gruppen und allerlei abstrusen Vereinen (Zeugen Jehovas, die Vereinigung ehemaliger Parlamentarier usw.). Zweitens nimmt kaum jemand von diesen Sendungen Notiz. Zu Punkt 1: Nicht alle Gruppen haben die finanziellen Mittel für eine 15-Minuten Fernsehsendung, und der bürokratische Weg des Zugangs zu den RAI-Mikrofonen und den RAI-Fernsehkameras ist lang und beschwerlich (bei der chronischen Überbelastung der römischen Studios). Zu Punkt 2: Kann sich mit diesen faden Monolog-Sendungen die RAI die Hände in Unschuld waschen und sagen, sie habe ihre Schuldigkeit getan? Heißt das, «die soziale Realität vor das Mikrophon und auf den Bildschirm zerren», wie es so schön bemäntelt wird?

Zweiter und dritter Akt

Nachdem in der RAI alle wichtigen Posten vergeben, die «reformierten» Programme vom Stapel gelaufen waren (15. März 1976), konnten nur Optimisten hoffen, dass endlich Ruhe eingekehrt sei. Im Gegenteil: Jetzt gingen die Fehden und Eifersüchteleien erst richtig los. Der zweite Akt der italienischen Rundfunkkomödie betitelt sich: «Das Tauziehen und das Rundfunkpublikum». Insbesondere bekämpfen sich die beiden Fernsehprogramme. Das zweite beschuldigt das erste, seine Programmpolitik in jeder Hinsicht zu boykottieren. Tatsächlich hatte das laizistische einen schlechteren Start. Sein Umsetzernetz erreicht nur 70 Prozent des italienischen Staatsgebietes; dazu kommt, dass das erste seit jeher eine «zuschauerfreundliche» Programmpolitik betrieben hatte, das heißt, es hatte das Publikum mit Quiz-, Variété- und Film-sendungen geködert. Gegen diesen Unterhaltungstrend kämpfte das zweite Programm, das sich von Anfang an informationspolitisch und kulturell «engagierter» gab, bis jetzt vergebens an. 20 Millionen «katholische» Zuschauer stehen gegen maximal 6 Millionen «laizistische». Der Streit erreichte Pointen von absurder Komik. Die Nachrichtenredaktion des zweiten Programms beschuldigte die des ersten, die Stenographen bestochen zu haben, damit diese langsamer stenographierten. So dass dann die «notizia bomba», die spektakuläre Nachricht, im Abendjournal des ersten Programms, das eine halbe Stunde später lag, auftauchte. Bei jedem aktuellen Anlass ziehen gleich fünf Rundfunkteams (für Hörfunk und Fernsehen) mit versiegelten Umschlägen los, in denen die Instruktionen stecken: Gute Einfälle könnten womöglich noch kurz vorher von den anderen «abgeluchst» werden. Die Programmgestaltung wird erst in allerletzter Minute bekannt gegeben, damit der Rivale nicht etwa eine «publikumsfreundliche» Sendung zur selben Zeit ansetzt und einem die Einschaltquoten verdirbt. Spionage ist an der Tagesordnung...

Das ging so weit, dass die kommunistische Partei sich entschieden für eine «Wiedervereinigung» der getrennten Kanäle einsetzte. Am 12. Januar 1977 schrieb Parteichef Berlinguer einen offenen Brief an seine Kollegen von den anderen Parteien und schlug einen neuen Kurs in Sachen RAI vor. Inzwischen war nämlich der dritte Akt der Komödie angelaufen. Im Sommer 76 hatten die christdemokratischen Mitglieder des Verwaltungsrates durch ihren Rücktritt dagegen protestiert, dass einige Kommunisten angestellt worden waren. «Die RAI wird von links unterwandert.» Ein neuer Verwaltungsrat musste gewählt werden, vor allem, weil nach den Wahlen des 20. Juni die Kommunisten hatten wissen lassen, dass sie in Anbetracht des veränderten Kräfteverhältnisses in der RAI auch mitzumischen hätten. Die «lottizzazione selvaggia» schien wieder anzulaufen, diesmal mit drei statt zwei Parteien. Die Kommunisten hielten sich erfreulicherweise zurück und mahnten zur Einsicht. Nicht Parteizugehörigkeit, sondern allein berufliche Qualifikation sollten bei der Umbesetzung den Ausschlag geben. Alle Parteien hielten sich diesmal etwas mehr als ehemals an diesen Grundsatz: So kam beispielsweise der ehemalige Intendant der Mailänder Oper, Paolo Grassi, auf den Präsidentenstuhl. Der neue (christdemokratische) Generaldirektor, Giorgio Glisenti, der frühere Verwalter des Kaufhauskonzerns «La Rinascente» (der vor dem Zusammenbruch steht) soll für modernes Management sorgen. Werden die vorgesehenen Ausgaben nur um 10 Prozent überzogen, so sieht das

neue Gesetz vor, muss der Direktor gehen. Eine Klausel, welche die chronische Verschuldung der RAI notwendig gemacht hatte. Man spricht von 90 Milliarden Lire... kein Wunder in Anbetracht der Tatsache, dass besonders unter Ettore Bernabei Parteizugehörigkeit und Klientelwirtschaft bei Anstellungen den Ausschlag gaben. Noch heute beziehen etliche RAI-Angestellte ihr Monatsgehalt, ohne je einen Fuss über die Schwelle eines RAI-Gebäudes zu setzen. Paolo Grassi und Giorgio Glisenti haben Sparsamkeit versprochen. Inzwischen hat Grassi sich erst mal ein kleines Schwimmbaden neben seinem Büro einbauen lassen...

Happy End der Farce? Nicht ganz. Denn die Sozialisten wollen von einer Wiedervereinigung der Programme nichts wissen. Sie verteidigen die eroberten Positionen und ihre Auffassung von Informationsübermittlung mit Händen und Füßen.

Tatsächlich stehen sich da zwei verschiedene Auffassungen über «Rundfunk» gegenüber. In dem einen Lager, dem katholischen, wird auf der Vermittlung von «Werten» bestanden, wie ja auch der jüngste Streit um die Satire von Dario Fo, «Mistero Buffo», beweist. Gewisse Werte, in diesem Fall die Unfehlbarkeit aller Päpste, auch der «unwürdigen» wie Bonifazius VIII., dürfen eben nicht angetastet werden. Und damit der Zweifel erst gar nicht auftaucht, wird jegliche diesbezügliche Information so weit eben möglich zurückgehalten. Kritik ist nur am Gegner zugelassen, nicht im eigenen Nest. So hat sich beispielsweise das erste Programm die russischen Dissidenten reserviert. Ansonsten werden in Interviews mit Vorliebe die «Oberen» befragt: Regierungsmitglieder, höhere Beamte, Abgeordnete, Parteizugehörige usw. Im laizistischen Lager dagegen herrscht eine «liberistische» Auffassung von Information: Die Nachricht ist eine Ware, und damit sie gekauft wird, muss sie möglichst «gut», das heisst glaubwürdig, auf ihren Realitätshintergrund abgesichert sein. Viel häufiger als im ersten kommen im zweiten Programm die «Unteren», die Betroffenen selber, die Leute auf der Strasse zu Wort. Das zeigte sich ganz deutlich in den Reportagen über die Erdbebenkatastrophe im Friaul und nach der Giftgasexplosion in Seveso.

Die dritte Front

Natürlich muss auch das zweite Programm mit einem ständigen Blick auf das erste arbeiten, und das heisst, dass es irgendwie in den Popularitätstrend mit einsteigen muss, will es das Rennen nicht verlieren. Die rundfunkpolitische Entwicklung der letzten Jahre in Italien hat zweierlei gezeigt:

Erstens, dass der Publikumstrend weiterhin in Richtung «Unterhaltung» geht; «alternative» Informationshandhabung hat noch einige Schwierigkeiten, sich durchzusetzen. Die freien Sender mit kommerziell ausgerichteter Programmpolitik, non-stop-seichter Musik, non-stop-seichten Filmen, Striptease um Mitternacht, erotischen Tönen im Hörfunk und Pornostreifen im Fernsehen waren im grossen Rennen um den Äther bisher Favorit beim Publikum.

Zweitens: Eine alternative Informationsübermittlung ist gegenwärtig von einem Staatsrundfunk wie der RAI mit seinem bürokratischen Apparat und seinen parteipolitischen Hemmschuhen nicht zu erwarten. Es genügt nicht, die Inhalte auszutauschen, zu vervollständigen und durch Interviews und Recherchen zu hinterfragen, um ein realitätsgerechteres Bild zu vermitteln, wie es das laizistische Programm versucht hat, wenn gleichzeitig die traditionellen Produktionsstrukturen beibehalten werden (Hierarchie, Zentralisierung, Berufsspezialistentum, Abspaltung von «sozialer Zeit» und «sozialer Realität»). Ein Modell wie das der NIP wäre gut, ist aber kurzfristig von der RAI nicht zu erwarten; inzwischen haben einige freie Sender ähnliche Modelle bereits im Lokalbereich durchgespielt. Es geht nicht mehr um Gegeninformation, sondern um «umgekehrten Informationsfluss» (informazione capovolta). Erst wenn die Wirklichkeit selbst, in Person der sie konstituierenden sozialen Gruppierungen Zugang zum Mikrofon und zum Bildschirm bekommt, erhalten die Zuhörer/Zuschauer ein «objektives weil widersprüchliches» Bild. An die Stelle der

Grundsätze «Unparteilichkeit» und «Objektivität», in welche die Nachrichten verpackt werden, tritt die «Diskussion»: Rundfunk wird zu einem Instrument, das verschiedene Gruppen und Zuhörer/Zuschauer miteinander in Beziehung setzt – über Äther, Telephon usw. – und die Diskussion anheizt. Die bisherigen Empfänger der Nachrichten, die Zuhörer/Zuschauer, werden zur Nachrichtenquelle.

Radio Popolare in Mailand, Tele Radio Città in Genua, Radio Città Futura in Rom, Telecastelfranco in der Nähe von Venedig haben seit fast einem Jahr ein derartiges Informationsmodell ausprobiert. Es hat sich herausgestellt, dass die Leute, sobald sie tatsächlich zu «Subjekten» der Information werden, durchaus bereit sind, ihre passive Erwartungshaltung gegenüber dem Medium aufzugeben und den Rundfunk als Informations- und Diskussionsinstrument zu benutzen. Die RAI kommt da, sollte sich im Schlussakt der Komödie das dezentralisierte NIP-Modell durchsetzen, auf jeden Fall zu spät. Das Staatsmonopol ist, wie man allenthalben hört, längst «tot». Denn in Italien empfängt man neben den fünf staatlichen Rundfunkprogrammen ungefähr 12 ausländische Fernsehprogramme (wenn auch nicht alle überall auf der Halbinsel), etwa 800 freie Hörfunk- und etwa 100 freie Fernsehstationen.

Die Zukunft?

Ein neuer hitziger Kampf um den Äther zeichnet sich am Horizont ab, diesmal im Bereich der freien Sender. Zeitungskönige, grosse Verlage und kapitalstarke Wirtschaftsgruppen sind bereits ausgezogen, sich einen fetten Happen des «freien» Äthers zu erobern, Hörfunk- und Fernsehketten zu bilden. Dabei hatte der Verfassungsgerichtshof im Juli 1976 den «freien» Rundfunk ausdrücklich nur im Lokalbereich für gesetzmässig erklärt.

Es stehen allerhand politische und kommerzielle Interessen auf dem Spiel. Die Zeitungsverlage schreien Zeter und Mordio, weil ein beträchtlicher Teil von Lokalwerbung, von dem allerorten die freien Sender leben, in andere Taschen abwandert. Sie verweisen auf ihre chronische Verschuldung. Die Wirtschaftsgruppen der Elektrobranche, die das Umsetzernetz für die Auslandssender Telugano, Telecapodistria, Tele Montecarlo, ORTF bauten und die dafür nötigen Antennen verkaufen, haben noch eine fünfjährige Frist, in der sie Geschäfte machen können. Dann tritt der Europasatellit in Funktion, über den alle europäischen Programme empfangen werden können – aber wahrscheinlich mit ganz anderen Antennen. Also sehen sich auch diese Wirtschaftsgruppen nach Frequenzen um, mit denen sie Geld machen können. Ein weiteres kommerzielles und politisches Interessengebiet sind die Pseudo-Auslandssender, wie TV-Malta und Tele Montecarlo, die italienische Programme mit italienischen Werbegeldern ausstrahlen. Hinter Tele Montecarlo steht der rechte Zeitungsverleger Indro Montanelli. Hinter TV-Malta der italienische Grossverleger Rizzoli und, wie könnte es anders sein, die Christdemokratische Partei. Aus der RAI verdrängt, sehen sie sich nach anderen Informationssystemen um. Bereits 110 christdemokratische Gesetzesvorschläge liegen vor, in denen eine vollständige Privatisierung des Äthers nach den Gesetzen des freien Marktes gefordert wird. Setzt sich diese Regelung durch, hätten auf alle Fälle die kapitalkräftigen Wirtschaftsgruppen das Rennen gewonnen, hinter denen fast immer konservative politische Kräfte stehen. Die «demokratischen», «alternativen» freien Sender könnten dann wahrscheinlich bis auf wenige Ausnahmen einpacken.

Die FRED (federazione radio-emittenti democratiche) kämpft dafür, dass bei einer parlamentarischen Regelung der Frequenzen den Sendern der Vorzug gegeben wird, die eine «soziale Dienstleistung» erbringen. Die kommerziellen Sender sind zur Zeit allerdings noch in der Überzahl. Von den 100 freien Fernsehstationen kann man bislang nur zwei als alternativ bezeichnen; von den 800 Hörfunkstationen vielleicht 150. Wie es ausgehen wird, ist ungewiss. Der Postminister Vittorino Colombo steht auf seiten der privatwirtschaftlich orientierten Gruppen. Er verfißt ausserdem die Auslandssender wie TV-Malta und Tele Montecarlo. Bleibt zu hoffen, dass der nächste Akt des Rundfunkdramas nicht zur Tragödie wird.

Birgid Rauen